



Aus der Pandemie in die Endemie

- Was jetzt passieren muss -

Positionspapier
der FDP-Landtagsfraktion
August 2022



Aus der Pandemie in die Endemie

LERNEN AUS ZWEIFINHALB JAHREN PANDEMIE

Das neuartige SARS-CoV-2-Virus hält die Welt seit über zwei Jahren in Atem. Zu Beginn der Pandemie haben nahezu alle europäischen Länder – so auch Deutschland – z.T. harte grundrechtseinschränkende Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Virus und zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gesundheitssysteme ergriffen. Zugleich wurde in zuvor nie gekannter Geschwindigkeit an der Entwicklung von Impfstoffen gearbeitet, mit dem Ergebnis, dass bereits Ende des Jahres 2020 die ersten hochbetagten Menschen in Deutschland eine Impfung gegen das Coronavirus erhalten haben. Die entwickelten und in der EU zugelassenen Impfstoffe schützen nach wie vor zuverlässig zumindest vor schweren Krankheitsverläufen. Ebenso stehen inzwischen medikamentöse Therapiemöglichkeiten mittels sogenannter antiviraler Arzneimittel sowie monoklonaler Antikörper zur Verfügung. Zugleich verändert sich das Virus und entwickelt hierbei immer neue Varianten und Subvarianten, die einerseits immer ansteckender, aber andererseits bei der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit zu mildereren Verläufen bei einer Erkrankung führen. Diesen Entwicklungen muss auch das Pandemiemanagement angepasst werden – und zwar fortlaufend. Nach gut zweieinhalb Jahren Ausnahmezustand und Krisenmodus

unter Berücksichtigung der heute zur Verfügung stehenden medizinischen Möglichkeiten, der Veränderung des Virus und unter Berücksichtigung der Folgeschäden von Maßnahmen, die der Eindämmung der Verbreitung dienen, ist es dringend notwendig, den nächsten Schritt zu gehen: den Übergang von der Pandemie zur endemischen Phase – also das Leben mit dem Virus in einer freiheitlich demokratisch verfassten Gesellschaft zu gestalten.

ÜBERGANG VON DER PANDEMISCHEN IN DIE ENDEMISCHE PHASE

Die größte Herausforderung ist, jetzt den Übergang vom Krisenmodus in eine Normalität mit dem Virus zu gestalten. Die Landesregierung muss den Prozess aktiv anstoßen und mit folgenden Maßnahmen hinterlegen:

- 1. Eine bundesweite Kommunikationsoffensive starten.** Die Gesellschaft ist tief gespalten zwischen Menschen, die große Angst vor Corona haben und sich stark einschränkende Maßnahmen im Herbst und Winter wünschen und denjenigen, die sich einen normalen, aber verantwortungsvollen Umgang mit dem Virus wünschen. Auf dem Weg in die endemische Phase müssen alle Menschen mitgenommen und die Gesellschaft wieder zusammengeführt werden.
- 2. Aufhebung der Isolationspflicht.** SARS-CoV-2 wird in Zukunft wie jeder andere

ernstzunehmende Atemwegsinfekt behandelt. Wer Krankheitssymptome hat, bleibt zu Hause, bzw. geht zum Arzt.

3. Anpassung des Zulassungsrechts für variantenadaptierte Corona-Impfstoffe. Das Zulassungsverfahren der variantenadaptierten Impfstoffe muss ähnlich wie bei den Influenza-Impfstoffen erfolgen. Es muss eine Genehmigung zur Stammanpassung für die zentral in der EU zugelassenen Impfstoffe geben. Schleswig-Holstein sollte einen GMK-Beschluss herbeiführen, der den Bundesgesundheitsminister auffordert, die Anpassung des Zulassungsverfahrens auf den Weg zu bringen.

4. Impfstoffe weiterentwickeln. Die Weiterentwicklung von Impfstoffen muss weiter staatlich gefördert werden, auch mit dem Ziel, möglichst schnell weltweit ausreichend Impfstoff zur Verfügung stellen zu können.

5. Einsatzmanagement antiviraler Medikamente. Beim Übergang in die endemische Phase muss der Fokus auf der Milderung von Krankheitsverläufen liegen. Bei der Behandlung von Coronaerkrankungen spielt hierbei der Einsatz antiviraler Medikamente und neutralisierender monoklonaler Antikörper eine zentrale Rolle. Die weitere Forschung in diesem Bereich muss weiterhin durch Bund und Länder unterstützt werden.

6. Beratung zu und Behandlung von Long Covid. Die Landesregierung muss Long Covid im Blick behalten und den Ausbau von Strukturen zur Erforschung und Behandlung weiter vorantreiben. Im Rahmen der GMK sollte die Landesregierung hier einen Schwerpunkt setzen.

DIE GESUNDHEITSSTRUKTUR STÄRKEN

7. Das Gesundheits- und Pflegesystem muss resilienter werden. Mehr Personal, eine dauerhafte Sicherung der Finanzierung von Krankenhäusern sowie der weitere Auf- und Ausbau von Infektionsstationen sind die großen Baustellen, die zügig angegangen werden müssen. Die Reform der Krankenhausfinanzierung muss ebenfalls oberste Priorität haben.

8. Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) stärken. Der Pakt zwischen Bund und Ländern muss fortgesetzt und die langfristige Finanzierung garantiert werden. Wir brauchen einen leistungsfähigen ÖGD, der u.a. den Übergang in die endemische Phase begleiten kann.

9. Das Gesundheitssystem muss digitaler werden. Der Ausstieg der KVSH aus dem Rollout für das eRezept ist ein denkbar schlechtes Signal. Der Schub der Digitalisierung muss genutzt, statt durch endlose Datenschutzdebatten blockiert werden.

ENDEMIE HEISST NICHT, CORONA ZU VERHARMLOSEN

10. Fortsetzung der Impfkampagne. Es muss weiter ein breites niedrighschwelliges Impfangebot geben, das zumindest bis Ende Dezember auch über Impfzentren erfolgen sollte.

11. Übergang des Impfangebots ins Regelsystem. Die Landesregierung muss ein Konzept erarbeiten, wie mittelfristig der vollständige Übergang des Impfangebots in das Regelsystem erfolgen soll. Es darf hierbei keinen harten Bruch geben, damit keine Impflücken entstehen.



12. Apotheken sollen weiter impfen dürfen. Ein Baustein beim Übergang des Impfangebots in das Regelsystem müssen auch weiterhin die Apotheken sein. Insbesondere im ländlichen Raum können sie niedrigschwellige Impfangebote ergänzen.

13. Keine anlasslosen Massentests. Bei einem hochansteckenden Virus sind anlasslose Massentests nicht mehr das Mittel der Wahl. Tests sollten vor allem gezielt zu Diagnosezwecken erfolgen. Die Laborkapazitäten müssen wieder für ein breites Monitoring aller Krankheiten zur Verfügung stehen. Andernfalls laufen wir Gefahr, dass sich Krankheiten wie Affenpocken, Polio, Masern usw. zunächst unbemerkt ausbreiten.

EINRICHTUNGEN MIT BESONDERS SCHUTZBEDÜRFTIGEN MENSCHEN

14. Schutz vulnerabler Menschen und Einrichtungen. Hygienekonzepte sind kein Instrument in Ausnahmesituationen, sondern müssen Standard im Alltag von Pflegeheimen und medizinischen Einrichtungen bleiben. Eine Teststrategie ist hierbei originärer Bestandteil von Hygienekonzepten. Für Besucherinnen und Besucher sollte es eine Maskenpflicht geben. Schließungen bzw. die Einschränkung von Besuchsmöglichkeiten müssen vermieden werden.

15. Klares Bekenntnis zu offenen Bildungseinrichtungen. Die Landesregierung muss klar kommunizieren, dass Kitas, Schulen und Hochschulen geöffnet bleiben. Fehlende soziale Kontakte und Distanzlernen hatten große Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. In der endemischen Phase ist die Schließung von Bildungseinrichtungen keine Option.

August 2022

Heiner Garg, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher



KONTAKT ZUR FRAKTION:

Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Tel.: 0431/ 988 1480, E-Mail: info@fdp.ltsh.de